

Antrag 175/I/2018

SPDqueer Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Missionieren in öffentlichen Bahnhöfen un-terbinden!

1 Die SPD-Bundesminister*innen, die SPD-
2 Bundestagsabgeordneten, die SPD-Landesminister*innen
3 und die SPD-Abgeordneten in den Landtagen werden
4 aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass es unterbunden
5 wird, dass religiöse Gruppen in öffentlichen Bahnhöfen
6 für ihren Glauben und für neue Mitglieder werben. Staat-
7 liche Gebäude sind wertneutral und dienen nicht der
8 Verbreitung von religiösen Ansichten und der Werbung
9 für neue Mitglieder der jeweiligen Glaubensgemein-
10 schaften bzw. religiösen Sekten.

11

12 Begründung

13 Verstärkt werben die Zeugen Jehovas für ihre Religion in-
14 nerhalb der Bahnhofsgebäude der DB und der öffentli-
15 chen Nahverkehrsbetriebe in Deutschland. Es wird zur Be-
16 gründung der Tolerierung von Infoständen von Religions-
17 gemeinschaften auf die Religionsfreiheit in Deutschland
18 verwiesen. Im Falle der Zeugen Jehovas wirbt im öffentli-
19 chen Raum eine Religionsgemeinschaft für ihren Glauben,
20 die in ihren eigenen Reihen keine sexuell aktiven Schwu-
21 len und Lesben akzeptiert und sie wegen ihrer sexuellen
22 Orientierung aus ihrer Gemeinschaft „rauswirft“. In öf-
23 fentlichen Bahnhöfen, die in staatlichen Besitz sind, darf
24 nicht missioniert werden. Der Staat muss hier ein generel-
25 les Missionsverbot aussprechen, da sonst die Tolerierung
26 auch für alle anderen Religionsgemeinschaften bzw. reli-
27 giösen Sekten anzuwenden ist.

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)